

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Johannes Ruckerl (KV Regensburg-Stadt)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 614 bis 615 einfügen:

Straftaten begangen haben, müssen nach Verbüßung ihrer Straftaten prioritär zurückgeführt werden. Eine Rückführung darf nur stattfinden, wenn Widersprüche von Gerichten überprüft wurden. Wir wollen Schutz vor Unrechtsregimen wie den Taliban in Afghanistan bieten und sie nicht durch Rückführungsvereinbarungen politisch legitimieren. Unser Rechtsstaat muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um zu verhindern, dass Menschen hier und anderswo gefährdet werden.

Begründung

Hier haben wir in Wiesbaden lange verhandelt und eine gute gemeinsame Beschlusslage gefunden. Es ist wichtig, dass wir diese auch nach Außen vertreten.

Der ÄA beruht auf unserer Beschlusslage der 50. BDK in Wiesbaden:

"Für eine Migrations-und Asylpolitik der humanitären Vernunft", Z. 515-524

weitere Antragsteller*innen

Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln); Jan Schmid (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Malte Gerlach (KV Kassel-Stadt); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Petra Lippegauß (KV Paderborn); Jim Martens (KV Hamburg-Eimsbüttel); Meike Gerwin (KV Gelsenkirchen); Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Oliver Groth (KV Regensburg-Stadt); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Lisa Theresia Aufschläger (KV Regensburg-Stadt); Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt); Lisa Wittmann (KV Regensburg-Stadt); Mimont Bousroufi (KV Bonn); Hugo Gisi Klement (KV Berlin-Reinickendorf); Christian Geiger (KV Cham); Christian Tröger (KV Würzburg-Stadt); Mario Kick (KV Regensburg-Stadt); sowie 33 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.